

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drohdruck: Tagesblatt Riesa.
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Großstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 90.

Montag, 19. April 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig, für drei Monate 6 Mark 20 Pfennig, für sechs Monate 12 Mark 20 Pfennig, für ein Jahr 24 Mark 20 Pfennig. Die Preise sind für den Postweg zu verstehen. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. (Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, Fette Tarife. Bemerklicher Rabatt erlischt, wenn der Beitrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Polnische Bersekung.

Am Sonnabend ist in Warschau der frühere polnische Finanzminister Jędrzejowski von einem Diktator anwärter auf offener Straße erschossen worden. Nicht der verabscheuungswürdige Mord selbst ist das sensationelle dieser Affäre. Die Begründung allein ist es, die der Mörder seiner Tat gibt. Der frühere Minister war verschiedener Unterschlagungen angeklagt worden und hatte seine Aburteilung durch die Gerichte. Anscheinend verfügte er über sehr einflussreiche Protektionen, so daß sein Prozeß einem Freispruch entgegenstand. Der Mörder erklärt, daß er die Tat begangen habe, um zu verhindern, daß ein Mensch, der den Staat bestohlen habe, durch seine Beziehungen und Protektion von den polnischen Gerichten wahrscheinlich freigesprochen worden wäre. Es ist dahingestellt, ob diese Befürchtungen des Attentäters die einzigen Motive waren, die ihn zu dem Verbrechen trieben. Jedenfalls hat er seiner Verteidigung ein wirkungsvolles Schlagwort untergelegt, das ihm vor Gericht unter Umständen viel nützen wird. Die zahlreichen Skandalaffären in Polen, die immer anfälliger werdenden Korruptionserscheinungen haben im Volke eine Stimmung geschaffen, die immer mehr einer Explosion entgegenreift. Täglich wissen die Zeitungen von neuen Unterschlagungen verantwortlicher Staatsbeamter zu melden. Täglich bringen sie alarmierende Leitartikel über die immer freierwilder werdende wirtschaftliche Lage Polens. Die Anklagen gegen die Regierung werden immer heftiger. Ihrer Unfähigkeit und ihrer Tatenlosigkeit schreibt man es in der Hauptsache zu, daß die Verhältnisse in Polen Formen angenommen haben, die gerade dem Auslande gegenüber aufs äußerste blamabel sind.

Die Verhältnisse im polnischen Meer sind bekannt. Der jetzt bekannt gewordene Rücktritt des Krakauer Armeesekretärs und früheren Kriegsministers General Szeptycki leuchtet mitten in den Wirrwarr hinein, der durch die Machenschaften eines Piłsudski schier unendlich geworden ist. Man kennt diesen Piłsudski. Schätzte seine Persönlichkeit als die eines äußerst befähigten organisatorisch begabten und energischen Mannes, dem Polen viel zu verdanken hat. Es ist noch in aller Erinnerung, daß er der erste war, als nach dem Kriegsende alles drüber und drunter ging, der das Heft in die Hand nahm, die verschiedenartigsten Elemente des Landes zusammenzwang. Und durch sein energisches organisatorisches Eingreifen Polens Wiedergeburt zur Wirklichkeit machte. Damals hatte er alle Herzen auf seiner Seite, das Land jubelte ihm zu und wenn er gewollt hätte, so hätte man ihn zum König oder zum unbeschränkten Diktator Polens gemacht. Aber sein Geist ist unruhig. Er ließ sich zwar zum Staatspräsidenten wählen, trat jedoch nach verhältnismäßig kurzer Zeit zurück und zog sich ins „Bridalbett“ zurück. Dilemma zwischen dem und eine eigenartige Färbung zu geben. Entgegensteht der Verfassung des Staates gestaltete er es zu einer Machtposition, die bestimmend über alle Geschicke des Landes sich auswirkte. Seine Fähigkeit, Menschen zu beeinflussen und sie seinem Willen dienbar zu machen, mißte er fruchtlos aus. Er schuf sich aus seinen zahlreichen ihm blindlings folgenden Anhängern eine Schwärzergemeinschaft, auf die er in jedem Falle rechnen konnte. Es fiel ihm nicht schwer, alle die Offiziere, die sich ihm verschoren hatten, in leitende Positionen in Regierung und der Heeresleitung unterzubringen. Sein Einfluß auf die Regierung war unumschränkt. Sein Kriegsminister wurde ernannt, ohne daß er ihn zuvor präsentiert hatte. Er selbst aber blieb im Hintergrund. Berlangte aber von allen denen, die er in die Regierung und die leitende Militärstellung entsandt hatte, unbedingten und blinden Gehorsam. Der ihm auch in den meisten Fällen geleistet wurde. Es ist verständlich, daß manchen Persönlichkeiten, die aus Gnaden eines Piłsudski führende Positionen im beherrschenden Apparat einnahmen, auf die Dauer doch zu einem Eigenen kamen, zu einem eigenen Willen, der unabhängig sein wollte von dem eines Piłsudski, zumal die Gewalt, die er ausübte, verfassungswidrig war. Der gegenwärtige Kriegsminister Jędrzejowski, auch ein früherer Anhänger Piłsudski, steht im Mittelpunkt dieses Kampfes. Er hat nicht mehr die Absicht, sich seine Autorität, die er als Kriegsminister genießen muß, weiter untergraben zu lassen. Er kämpft um seine Unabhängigkeit. Wer den Einfluß Piłsudski kennt, weiß, daß dieser Kampf aussichtslos ist. In der letzten Zeit liest man immer wieder in der polnischen Presse von der baldigen Rückkehr Piłsudski zum Meer. Wie diese Rückkehr bewerkstelligt werden soll, ist kennzeichnend für die Verhältnisse in Polen und für den Diktatorwahn Piłsudski. Piłsudski erstrebt nämlich die Schaffung des Postens eines Generalissimus, der den Namen eines Generalinstitutors der Armee tragen soll, ein Posten, der dem Generalstabschef übergeordnet ist und von dem der Kriegsminister unabhängig sein soll. Diesen Posten hat Piłsudski selbstverständlich sich selbst zugeeignet. Daß der jetzige Kriegsminister und die höheren Offiziere der polnischen Armee von einer solchen Regelung der höchsten Kommandobefugnisse nicht sehr begeistert sind, ist verständlich. Aber Piłsudski gibt in seinem Willen nicht nach. Das Rücktrittsgesuch des General Szeptycki zeigt, wer der Stärkere in diesem Kampf ist. Wenigstens in diesem Augenblick. Angesichts der ungeheuren Finanzverwirrung, der beispiellosen Korruption und der starken Erregung in der Armee ist es jedoch nicht ausgeschlossen, daß es zu Ueberraschungen kommen kann, die eine völlige neue Situation darstellen können.

Man wird daher gut tun, die Geschehnisse in Polen in der nächsten Zeit mit ganz besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Der Mörder Hubert Lindes verhaftet.

Warschau. Der Mord an dem ehemaligen polnischen Finanzminister Hubert Linder hat eine rasche Aufklärung gefunden. Als Mörder wurde der Sergeant Wenzel Cmielewski, der in der hiesigen Infanterieschule tätig ist, verhaftet. Wie aus Vernehmungen des Mörders hervorgeht, scheint, hat Cmielewski die Tat aus politischen Motiven begangen. Er fürchtete, daß Linder auf Grund von nationalistischen Einflüssen nur eine geringe Strafe erhalten oder gar freigesprochen würde. Deshalb entschloß er sich, dem Spruch des Gerichts vorzugreifen.

Kabinettskrise in Polen.

Warschau. Die Versuche, innerhalb der Regierungskoalition zu einer Einigung zu kommen, sind mißglückt. Gestern abend fanden im Landtagsgebäude in der Wohnung des Sejm-Marschalls Rataj bei Anwesenheit des Ministerpräsidenten Grafen Strapiński Beratungen der Vertreter der Koalitionsparteien statt, die durch die Vorlage eines neuen Programms durch den Nationaldemokratischen Finanzminister Jędrzejowski eröffnet wurden. Der Sozialdemokratische Einpruch gegen die Pläne Jędrzejowski, die von Nationaldemokraten, Christlich-Demokraten und Nationalen unterstützt werden, ließ sich jedoch nicht überwinden. Nach längerer fruchtloser Debatte erklärte der sozialistische Abgeordnete Dąbrowski, daß die Sozialdemokratische Partei aus der Koalition austräte. Als Beweggrund für diesen Beschluß bezeichnete er nicht nur die Pläne Jędrzejowski, sondern auch die unbefriedigende Minderheitenpolitik der Regierung und ihre Haltung in der Frage der Rückkehr des Marschalls Piłsudski zum aktiven Dienst. Mit dieser sozialdemokratischen Erklärung, die den tatsächlichen Ausbruch der Krise bedeutet, wurden die Beratungen geschlossen. Morgen tagt der Ministerrat, um zur neuen Lage Stellung zu nehmen. In politischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß in dieser Sitzung der Beschluß einer Gesamtdemission des Kabinetts fallen werde.

Dr. Stresemann über die deutsch-russischen Verhandlungen.

Stuttgart. Auf einer von der Deutschen Volkspartei abgehaltenen Jahresversammlung sprach Reichsminister Dr. Stresemann im Anschluß an das Referat des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Rheinbaben über außenpolitische Fragen. Dabei ging der Minister auch auf die Frage der deutsch-russischen Verhandlungen ein und führte hierzu folgendes aus:

Es ist für mich sehr schwer, über Vertragsverhandlungen zu sprechen, die noch in der Schwebe sind, über einen Vertrag, der weder paraphiert, noch abgeschlossen ist. Der Wortlaut, daß die deutsche Regierung über diese Vertragsverhandlungen die ausländische Presse zuerst informiert hätte, ist vollständig abwegig. Eine solche Information ist selbstverständlich nicht erfolgt, wohl aber eine Information derjenigen Mächte, die mit uns den Abinlandsvertrag geschlossen haben. Wir hielten es für richtig, diejenigen, mit denen wir über alle außenpolitischen Grundfragen im Einklang hatten, auch über diese Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten, ein System, dessen Gegenseitigkeit sich durchaus empfehlen würde. Wer die Vertragsverhandlungen mit Rußland als eine Abkehr von der Locarno-Politik ansieht, verkennt den Grundgedanken dieser Politik. Die Verträge von Locarno bezwecken die Friedenssicherung in Europa. Sie hatten keinen aggressiven Charakter gegen irgend eine Macht. Wenn die russische Psychologie lange Zeit darauf eingestellt war, in den Verträgen von Locarno eine Art Kreuzweg gegen Rußland zu sehen, so darf ich darauf hinweisen, daß diese Auffassung bei den Aussprachen in Locarno von Chamberlain, Briand und Vandervelde ebenso zurückgewiesen worden ist wie von unserer Seite. Wenn Deutschland mit Rußland Vertragsverhandlungen führt, die für beide Mächte daraus hinausgehen, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen, und im übrigen in wirtschaftlichen, freundschaftlichen und beiderseitig vorteilhaften Verhältnissen zu bleiben, so ist das ein Grundgedanke, den auch andere Staaten ihrem Verhältnis zu Rußland zugrunde gelegt haben. Unsere ganze Politik muß darauf eingestellt sein, unter Anerkennung deutscher Gleichberechtigung eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen und auf der Grundlage des Friedens Deutschlands Fortentwicklung zu sichern. Wenn die Verträge mit Rußland zum Abschluß kommen, so werden sie die natürliche Ergänzung zu Locarno sein, um diesen obersten Grundgedanken der deutschen Politik erneut zum Ausdruck zu bringen.

In den deutsch-russischen Verhandlungen.

London. (Rundfunk.) Times berichtet auf den deutsch-russischen Vertragsverhandlungen u. a., Chamberlain habe in Berlin wissen lassen, daß die Ansicht des Foreign Office über den geplanten deutsch-russischen Vertrag nicht ungünstig sei. Den anderen Locarnomächten sei die Ansicht der britischen Regierung mitgeteilt worden. Diese sei überzeugt, daß der Vertrag sich dem in Locarno geschlossenen Rahmen einfüge und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht verhindert werde. Dr. Beneš habe nun in Uebereinstimmung mit Polen die Aufmerksamkeit der britischen, französischen und italienischen Regierung auf die Notwendig-

keit einer Erörterung der Wirkung des neuen Vertrages auf die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund im nächsten September gelenkt. Er habe eine Liste von Fragen aufgestellt, die er den Unterzeichnern der Locarnoverträge mitteile und er hoffe, daß sie von der deutschen Regierung befriedigend beantwortet werden könne, bevor der Eintritt in den Völkerbund möglich werde. Die Haltung der franz. Regierung endlos sei der der britischen nicht unähnlich, doch wolle Briand den vollen Wortlaut des neuen Vertrages abwarten, bevor er sich bindend äußere.

Eine Rede Dr. Curtius.

Mannheim, 18. April. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hielt auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei eine Rede, in der er nach einem Rückblick auf die auswärtige Politik des Reichskabinetts über die innere Politik u. a. ausführte, leider wurde die deutsche Innenpolitik am kräftigen Vorwärtsschreiten auf dem als richtig anerkannten Wege immer wieder durch neue Hindernisse gehemmt. So drohe eine neue Krise durch die Volksbegehren der Aufwertungsliebhaber, Kriegsschädigter, Mietervereine usw. hereinzubrechen.

Das angekündigte Volksbegehren einer Hypothekenaufwertung auf 50 v. H. würde bei einem erfolgreichen Ausgang den Hypotheken- und langfristigen Kapitalmarkt, der eben erst wieder aufgelebt sei, vernichten.

Die schon fast belästigte Landwirtschaft würde hoffnungslos verfaulen. Der Hausbesitz würde die immer noch rückständige Wiederinstandsetzung der gerade von der ärmsten Bevölkerung bewohnten Häuser nicht durchführen können. Die Aufwertung der Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen und der Friedensanleihen auf 50 v. H. würde den öffentlichen Kredit ruinieren. Schon die Zulassung dieser Volksbegehren würde unermesslichen dauernden wirtschaftlichen und sozialen Schaden anrichten. Die Volksbegehren seien aber auch gegen den Geist der Verfassung. Die Reichsregierung werde sich deshalb mit allen Mitteln und mit ihrer ganzen Autorität gegen diese Volksbegehren stellen. Der Minister fuhr fort, die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform, die die Reichsregierung in ihr Programm aufgenommen habe, werde allmählich Gemeingut. Man beschäftige sich in immer weiteren Kreisen mit ihr. Der Minister verwies auf die Verhandlungen in Preußen und Bayern und erwähnte die Anregungen kleiner Staaten, sich an Preußen anzuschließen.

Der Minister wandte sich dann der Wirtschaftsprüfung zu und erklärte, die Maßnahmen des Wirtschaftsausschusses auf dem Gebiete der Zins- und Kreditpolitik dienen in erster Linie dem Zweck einer Erleichterung der Lage der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang legte der Minister an Hand der geistlichen Entwicklung näher dar, daß die für Deutschland einzig mögliche Lösung nicht in dem Entweder-Oder einer Binnen- bzw. Exportpolitik, sondern darin bestehe, sowohl den Binnenmarkt zu heben, als auch den Export zu fördern. Der Ausgleich werde gefunden werden. Gegen einen Systemwechsel unserer Zoll- und Handelsvertragspolitik, deren Grundlage erst im Sommer des vergangenen Jahres nach langen schweren Kämpfen festgestellt worden sei, müsse er sich allerdings wenden. Wir müßten so rasch wie möglich die noch ausstehenden meist bereits eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen abschließen und alsdann an die Schaffung eines endgültigen Zolltarifes herangehen.

Zum Schluß beschäftigte sich der Minister mit dem

Verhältnis von Staat und Wirtschaft

und betonte, daß die Kriegs- und Nachkriegsperiode des Wirtschaftsstaates bis auf einige Reste abgeschlossen wäre. In Zukunft würden zwar die Wirtschaftsgebiete des Verkehrs, der Währung, des Diskonts, sowie alle diejenigen Zweige, deren Verwaltung über die Kräfte der Privatinteressen hinausginge, in der öffentlichen Hand bleiben müssen. Im übrigen aber müsse der Staat die Wirtschaft als einen Organismus mit eigenen Geleisen betrachten, der möglichst Freiheit für seine Entwicklung auch im Interesse des Staates bedürfe. Danach müsse der Staat seine Organisation zum Ausgleich der Gegensätze zur Verfügung stellen und sein höchstes Bestreben darin sehen, alle Kräfte dem gemeinsamen Wohl zuzuführen.

Spiritfabrik-Wäre auch in Frankfurt a. M.

Nicht nur Berlin, wo gegenwärtig „Spiritfabrik“ vor Gericht steht, sondern auch Frankfurt a. M. hat nun seine Spiritfabrik-Wäre. Die Fabrikationsstelle des Frankfurter Hauptzollamts ist Spiritfabrikationen auf die Spur gekommen, durch die der Reichsiskus um sehr bedeutende Summen geschädigt worden sein soll. Es handelt sich um eine Frankfurter Firma, die neben einem nicht unbedeutenden Weinhandel eine Kognakbrennerei und eine Likörfabrik betreibt. Die Firma führte zur Herstellung von Kognak Branntwein aus dem Auslande ein, der einen Alkoholgehalt von 24 Prozent hatte, während die dem Zollamt vorgelegten Proben nur 10 bis 11 % Alkohol enthielten, wodurch die Firma eine weit höhere Menge Alkohol verwenden konnte als jene, für die sie die vorgeschriebene Steuer entrichtete. Die Verträge sollen dadurch erleichtert worden sein, daß der Fabrikant das Vertrauen des Zollamts und der Reichsmonopolverwaltung in hohem Maße beschaffte. Außerdem betätigte er sich aktiv im Kampfe gegen die Schwarzbrennereien und hatte eine große Reihe von Brennerinnen bei der Zollbehörde in Verdacht gebracht. Der Fabrikant wurde verhaftet, dann aber, nach seiner Vernehmung, zunächst wieder entlassen. Das Verfahren gegen ihn geht weiter.

Flächen- & Höhenberechnung, Maße er nach einer kleinen Tabelle

Stach und nach festen Maß die Flächenberechnung

Stach und nach festen Maß die Flächenberechnung